

also als Ausdruck der europäischen Einheit in der Vielfalt. Förderung des Deutschen hier und im Ausland begegnet gleichen Ambitionen in Frankreich, Italien, Spanien und anderen Ländern. Der geistige Reichtum Europas muss sich in der Pflege seiner Sprachenvielfalt widerspiegeln. Dazu gehört übrigens auch die Förderung von Minderheitensprachen in der Gemeinschaft,

also des Türkischen oder anderer Sprachen der Migranten.

Förderung des Deutschen und Förderung einer Mehrsprachigkeit in Europa sind daher keine Widersprüche, sondern bedingen einander. Auch deshalb muss die Pflege der deutschen Sprache in Zukunft wieder eine zentrale Rolle in der auswärtigen Kulturpolitik spielen.

Rolf Uessler

Weißbuch 2006: Interessenpolitik weißgewaschen

Die schwarz-rote Bundesregierung hat dem Bundestag Ende Oktober das „Weißbuch zur Sicherheitspolitik Deutschlands und zur Zukunft der Bundeswehr 2006“ vorgelegt. Zwölf Jahre sind vergangen, seit die Regierung Kohl das letzte Werk dieser Art verfasste. Die rot-grüne Koalition hatte sich unter den Verteidigungsministern Rudolf Scharping und Peter Struck auf Teilkonzepte beschränkt. Ein weitgehend ausgearbeitetes Weißbuch scheiterte damals an dem Dissens zwischen Rot und Grün an der Frage „Wehrpflicht oder Berufsarmee“.

Nun kann man zu Recht darüber streiten, ob ein Weißbuch besser ist als keines. Es gibt zweifellos viele, die das aktuelle lieber unveröffentlicht gesehen hätten, inklusive der vollmundigen Einleitungen von Kanzlerin Merkel und Verteidigungsminister Jung. Und eines ist sicherlich richtig: Dem vielhändigen, sich wiederholenden und inkongruenten Geschreibe ist auf über 160 Seiten kein großer Wurf gelungen.

Andererseits hat das Konvolut den Vorteil, dass es, trotz verschleiender

und geradezu gebetsmühlenartiger Rhetorik (der exzessive Gebrauch des Wortes „Frieden“ ist dafür nur ein Indiz), die wahren Absichten dieser Regierung – und hier vor allem der CDU/CSU – deutlich werden lässt. Und diese unterscheiden sich, unabhängig von den immer wieder vorgetragenen Bekenntnissen zu UNO und EU, nicht sonderlich von den Vorstellungen der derzeitigen US-Regierung, nämlich die eigenen Interessen in einer globalisierten Welt primär militärisch sichern zu wollen. Damit ist das Weißbuch konzeptionell alles andere als ein Meilenstein auf dem Weg in eine friedfertige Zukunft („Friedenssicherung“), sondern ein Schritt zurück in die Ära Kohl („Absicherung nationaler Interessen“).

Es hat also ein Paradigmenwechsel stattgefunden, den bereits der Bundespräsident auf der Klausurtagung der Bundeswehr am 10. Oktober 2005 vorzeichnete, als er von der Sicherheits- und Verteidigungspolitik klare Analysen verlangte, „welche deutschen Interessen es zu schützen und zu fördern gilt“ und „welche Rolle dabei die

Bundeswehr übernimmt“. Anders gesagt: Wirksame Friedens- und Sicherheitspolitik wird faktisch wieder auf Militär- und Interessenpolitik reduziert.

Beredtes Schweigen

Das Weißbuch 2006 gliedert sich in zwei Teile. Der erste beschäftigt sich mit „Deutschlands Sicherheit“ und legt in seinem ersten Kapitel die „Grundlagen deutscher Sicherheitspolitik“ dar. Diese reduzieren sich bezeichnenderweise auf eine Beschreibung von Rahmenbedingungen, die aus Gefährdungen und Risiken (Terrorismus, asymmetrische Bedrohungen) sowie der Willensbekundung bestehen, ihnen „vorzubeugen und rechtzeitig dort zu begegnen, wo sie entstehen“. Gewaltverhütung, Krisenprävention oder Friedensförderung gehören offensichtlich nicht dazu. Zumindest hat man sie nicht für wert gehalten, sie in den „Grundlagen“ zu thematisieren.

Das zweite Kapitel „Deutsche Sicherheitspolitik im internationalen Rahmen“ beschreibt noch einmal ausführlich den Status quo. Besondere Beachtung erfährt dabei die Verbundenheit mit den USA und mit der NATO als dem „Rückgrat der Wertegemeinschaft“.

Der zweite Teil des Weißbuchs beschäftigt sich auf rund 100 Seiten mit der Bundeswehr als „Instrument deutscher Sicherheitspolitik“. Auf genaue Zielvorgaben und die Auflistung konkreter Aufgabengebiete wird allerdings verzichtet. Im vierten Kapitel „Die Bundeswehr im Einsatz“ heißt es lediglich lapidar: „Deutschland ist in den vergangenen 15 Jahren zu einem der größten Truppensteller für internationale Friedensmissionen geworden. Die Bundeswehr ist heute weltweit im Einsatz.“ Zu den notwendigen Einsatzkriterien, die zweifellos bekannt sind und formulierbar wären, schweigt man sich ebenso beredt aus wie zu einer Evaluierung der bisher schon vorgenommenen Einsätze.

Unter der Unterschrift „Transformation“ heißt es im folgenden fünften Kapitel: „Voraussetzung zur erfolgreichen Auftragsbefreiung sind Streitkräfte, die im gesamten Aufgabenspektrum verwendbar sind.“ Es wird weder präzisiert, wie die verschiedenen Aufgaben dieses Spektrums aussehen, noch welche Voraussetzungen die Soldaten zu ihrer Bewältigung mitbringen müssen. Schwammig formuliert wird auf „allumfassende Fähigkeiten“ verwiesen. In Bezug auf das sechste Kapitel „Organisation“ heißt es: „Zugleich muss die Weiterentwicklung der vorhandenen Fähigkeiten der multinationalen Einbindung der Bundeswehr Rechnung tragen.“ Eine Formulierung der eigenen Rolle und Position im „multinationalen“ Rahmen wird nicht vorgenommen. Stattdessen wird großzügig mit dem Lehrbegriff der „vernetzten Operationsführung“ hantiert, was nahe legt, dass man sich bei den Zielvorgaben auf den „Großen Bruder“ USA verlässt. „Die zukunftsgerichtete Gestaltung der transatlantischen Partnerschaft im Bündnis und die Pflege des engen und vertrauensvollen Verhältnisses zu den USA bleiben zentrales Ziel.“

Militärdoktrin zur Absicherung wirtschaftspolitischer Ziele

Wer gehofft hatte, dass im Weißbuch dargelegt würde, wie die eigenständige Rolle Deutschlands bei der internationalen Friedenssicherung aussehen soll oder wie dem völkerrechtlich verankerten Gewaltverbot nach Artikel 2 Absatz 4 der UN-Charter trotz steigender bewaffneter Konflikte verstärkt Geltung verschafft werden kann oder wie dem in Artikel 26 des deutschen Grundgesetzes verankerten „Friedensgebot“ unter den veränderten Rahmenbedingungen der Globalisierung künftig konkret nachgekommen werden soll, wird sich bitter enttäuscht sehen. Wer von einem CDU-Verteidigungsminister erwartet hatte, dass er im Weißbuch die

Interessen der Rüstungsindustrie konzeptionell in eine „Sicherheitspolitik für Deutschland“ umsetzen würde, wird hingegen einigermaßen befriedigt dreinschauen. Obwohl in diesem Sinne – wie die „Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung“ am 13. August d.J. schrieb – noch weit mehr zu tun ist: „Die Politiker müssen der deutschen Öffentlichkeit beibringen, dass geschichtliche, humanitäre und vordergründige materielle Erwägungen nicht der Grund dafür sind, dass deutsche Soldaten zu Konfliktherden geschickt werden. Im Kern geht es um etwas Grundlegendes: Deutschland leistet seinen Beitrag zur Aufrechterhaltung der herrschenden Weltordnung, von der es profitiert wie wenig andere Länder.“

Tatsächlich dürfte sich ein tiefer Riss durch die bundesdeutsche Gesellschaft ziehen, sollte dieser militärpolitische Paradigmenwechsel im öffentlichen Bewusstsein ankommen – wobei zu vermuten ist, dass die Mehrheiten im Bundestag nicht die Mehrheiten in der Bevölkerung widerspiegeln. Wie „schlecht“ es um die öffentliche Meinung bestellt ist, musste schon das Sozialwissenschaftliche Institut der Bundeswehr feststellen, dem zufolge nur noch jeder zehnte Bundesbürger den Auslandseinsätzen der Soldaten voll zustimmt und nur jeder Dritte sie befürwortet.

Doch Abhilfe ist bereits in Aussicht: So lobten weite Teile der Medien den richtigen Weg bei der Beeinflussung des öffentlichen Bewusstseins anlässlich der Diskussion um den Kongo-Einsatz, als die Politiker weniger über Menschenrechte und Friedenserhaltung als über Rohstoffsicherung und Profitinteressen debattierten.

Trotz aller blumigen Beschwörungsformeln von Kontinuität in der deutschen Sicherheitspolitik hat das Weißbuch 2006 die Weichen neu gestellt. Darüber kann auch nicht hinwegtäuschen, dass die mediale Debatte sich vor allem mit dem Ja zur Wehrpflicht und dem Ja zum Bundeswehreininsatz

im Inland beschäftigte. Im Weißbuch wird bezüglich Letzterem konstatiert, dass es angesichts des weltweiten Terrorismus zunehmende „Überschneidungen zwischen innerer und äußerer Sicherheit“ gibt. Um daraus postwendend „die Notwendigkeit einer Erweiterung des verfassungsrechtlichen Rahmens für den Einsatz der Streitkräfte“ im Inneren abzuleiten.

Der neue Geist des Weißbuchs ist im Kern eine Militärdoktrin zur Absicherung wirtschaftspolitischer Zielsetzungen: Bewahrung des nationalen Wohlstands, freie Weltmärkte, freie Transportwege (insbesondere sichere Seewege), sicherer Zugang zu Rohstoffen, Schutz von Informations- und Kommunikationssystemen sowie Abwehr der Gefahren durch Migration aus armen Ländern. Zwar werden alle diese Punkte nicht direkt als Beweggründe oder unter den Zielen für militärisches Handeln aufgeführt – die Autoren wussten nur allzu genau, dass dafür das Grundgesetz keinerlei Rechtsgrundlage abgegeben hätte –, sondern sie fließen auf Umwegen in das ein, was zur Sicherheit des Landes beiträgt.

„Von strategischer Bedeutung für die Zukunft Deutschlands ist eine sichere Energieversorgung“, heißt es. Denn „Energiefragen werden künftig für die globale Sicherheit eine immer wichtigere Rolle spielen.“ Diese neuen Dimensionen der Sicherheitspolitik finden im Grundgesetz jedoch keinerlei rechtliche Basis. Denn selbst wenn man den in Artikel 87a GG beschriebenen Verteidigungsauftrag exzessiv auslegt, ist doch grundsätzlich auszuschließen, dass dieser Artikel als Rechtsgrundlage für den Einsatz der Bundeswehr zur Verfolgung, Durchsetzung und Sicherung wirtschaftspolitischer Interessen dienen oder herangezogen werden kann.

Dass Deutschland auf Rohstoffe und Energieträger angewiesen ist (und, da diese zumeist außerhalb des eigenen Territoriums liegen, auch darauf, dass sie möglichst ungehindert hier ankom-

men), ist grundsätzlich eine Banalität. Der fundamentale Unterschied zwischen den Befürwortern einer Position, wie sie das Weißbuch vertritt, und der Mehrheit ihrer Gegner liegt nicht in der Sache, sondern darin, wie das „Angewiesen-Sein“ befriedigt werden kann: ob, grob formuliert, diese „vitalen Interessen“ im Rahmen einer allgemeinen Friedensordnung multilateral und zivil oder unilateral und militärisch verfolgt werden. Der Bundesrepublik und ihren Bürgerinnen und Bürgern ist jedenfalls nicht damit gedient, wenn Sicherheitspolitik wie im Weißbuch auf Militärpolitik reduziert wird, anstatt darunter umfassende bildungs- und entwicklungspolitische, rechts- und sozialstaatliche Maßnahmen zu begreifen.

Ähnliches gilt schließlich auch für die immer wieder beschworene Terrorismusbekämpfung. Man setzt weiterhin militärisch auf „Krieg gegen den Terror“ – einerseits ein gescheitertes Unternehmen und andererseits eine völkerrechtliche Absurdität. Das fortgesetzte Fehlen eines umfassenden europäischen Ansatzes zur Lösung dieses Problems und das Schweigen zu Prinzipien, Methoden und Erfolgsaussichten der Bekämpfung von Verbrechen terroristischer Art muss man fast schon als grob fahrlässig bezeichnen.

So ist es denn auch nicht mehr verwunderlich, wenn selbst Friedensmissionen konzeptionell auf den militärischen Aspekt beschränkt werden. War noch im von der rot-grünen Koalition

2004 vorgelegten Aktionsplan von einem ressortübergreifenden und gemeinsamen Ansatz die Rede, sucht man ihn im Weißbuch vergeblich – und dies trotz der Tatsache, dass Friedensmissionen im UN-Verständnis inzwischen immer grundsätzlicher „ganzheitlich“, also diplomatisch-militärisch-polizeilich-zivil, angelegt sind. Konzepte zur nachhaltigen Stabilisierung oder zur Sicherheitssektorreform, die längst Eingang in die Dokumente internationaler Organisationen gefunden haben,¹ tauchen im Weißbuch nicht einmal auf.

Die Tatsache, dass das Weißbuch – obwohl zuvor vollmundig angekündigt – auf das zentrale Problem der „Privatisierung des Krieges“ und das zunehmend „legale“ Agieren von Söldnerfirmen² überhaupt nicht näher eingeht, lässt Schlimmes befürchten – nicht zuletzt für die Sicherheit der deutschen Soldaten. Umso mehr, als auch die Regierung in Bezug auf diese Problematik „derzeit keinen politischen Handlungsbedarf“ sieht.

Dabei können die Bürgerinnen und Bürger dieses Landes, ob ohne oder in Uniform, von ihrer Regierung allemal verlangen, dass sie wenigstens den tatsächlichen Anforderungen zukunfts-fähiger Sicherheitspolitik genügt. Das Weißbuch 2006 hat diesen Anspruch nicht erfüllt.

- 1 Vgl. den Beitrag von Michael Brzoska in diesem Heft.
- 2 Vgl. Rolf Uessler, Neue Kriege, neue Söldner, in: „Blätter“ 3/2005, S. 323-333.



Blätter-Archiv-CD
1990-2006
Blätter Verlag 2006



Der Globalisierungs-Reader
Der Sound des Sachzwangs
Blätter Verlag 2006



Einar Altvater
Das Ende des Kapitalismus
Dampfboot Verlag 2005

Für jedes Neuabo – haben Sie freie Wahl. Mehr unter www.blaetter.de